

- Frei von der Lippe ... -

... gesprochen, kommt es meist anders als man denkt. Eine junge Dame wollte nur mal eben zum Zahnarzt gehen und Teil zwei der Wurzelfüllung hinter sich bringen, als es dicker kam, als sie

gedacht hatte. Kaum hatte sie die Praxis verlassen, räumte sie der eigentlich stillgelegte Zahn bemerkbar. Wäre es anders gekommen, wenn sie vorher Angst vor Schmerzen gehabt hätte?

Innenstadt-Süd: Roter Teppich für Geschäfte und Büros

Politik demonstriert große Einigkeit

Lünen • Wohl selten hat sich der Ausschuss für Stadtentwicklung so einmütig und geradezu euphorisch von einem Projekt überzeugt gezeigt, wie von dem geplanten Geschäfts- und Bürohaus in der südlichen Innenstadt (unsere Zeitung berichtete).



Jürgen Evert (Foto 1) und mit ihm die Verwaltung ernteten für ihren „langen Atem“ bei den Verhandlungen Lob von allen Fraktionen.

„Wir freuen uns auf die Realisierung“, erklärte Michael Zawisch für die CDU. „Dieses Projekt ist ganz wichtig für die Stadt“, hob Hans-Jörg Hebebrand (SPD) hervor. „Da wollen wir gar nicht in die Suppe spucken“, signalisierte Eckhard Kneisel breite Zustimmung auch von den Grünen.

Auf seine Frage, ob denn soviel zusätzlicher Büroraum auch zu vermarkten sei, erklärte Jürgen Evert, dass der Investor, der insgesamt 15 Mio. Euro für das Projekt in die Hand nimmt, die Miete für den Büroraum sehr niedrig kalkuliere.

Mit dem einstimmigen Beschluss, dem Entwurf zuzustimmen und dem Auftrag an die Verwaltung, die notwen-

digen Änderungen im Bebauungsplan einzuläuten, räumte der Ausschuss weitere Hürden zur Realisierung aus dem Weg.

Jetzt sei noch ein Grundstücksaustausch notwendig, den der Rat am Donnerstag im nichtöffentlichen Teil beschließen müsse. „Dann müssen wir nur noch darauf achten, dass auch so gebaut wird, wie es die Entwürfe vorsehen“, so Evert.

Galgenfrist

Eigentlich ist die geplante Erweiterung im Gebiet Im Berge-Ost um eine Industriefläche vom Tisch. Politik und



Verwaltung waren sich einig: Zu viele Restriktionen verhindern die Vermarktung der Fläche. Die CDU wollte sich deshalb endgültig von der Entwicklung der Fläche verabschieden.

„Null Realisierungschance“, so Michael Zawisch. „Wir haben noch Beratungsbedarf“, meldete **Hans-Jörg Hebebrand** (Foto 2) für die SPD an. Auch Jürgen Evert wollte die Fläche noch nicht endgültig aufgeben – und bekam dank SPD-Mehrheit zwei Monate Zeit, um einen Grundstücksaustausch weiter zu verhandeln. ■ hi

Anwalt ließ seine Mandanten im Regen stehen

Auch Schuldner in Lünen wurden Opfer

Lünen/Hannover • Ein Anwalt aus Hannover hat hochverschuldete Personen in ganz Deutschland mutmaßlich betrogen – unter anderem in Lünen, wie unsere Zeitung erfuhr. Die Zahl der Opfer in der Lippestadt ist derzeit unklar. Nach der Durchsichtung eines Büros ist die Staatsanwaltschaft in Hannover noch mit der Auswertung von beschlagnahmten Unterlagen beschäftigt.

Allein in Dortmund handelt es sich nach Informationen unserer Zeitung um 220 Fälle. Dabei ging der Jurist offenbar immer gleich vor: Mit Anzeigen lockte er ab August 2005 hochverschuldete Personen, versprach schnelle Hilfe beim Schuldungsverfahrens. Viele Schuldner meldeten sich, die meisten von ihnen Hartz IV-Empfänger. Ihnen bot der Anwalt die Durchführung eines außergerichtlichen Schuldenbereinigerverfahrens an.

Doch anscheinend wurde er nur so weit tätig, dass er die Kostenübernahme bean-

tragen konnte – etwa 500 Euro pro Mandat. Er kassierte und verschwand.

Nun haben die Betroffenen gleich mehrfach das Nachsehen: Erstens gibt der Anwalt die Unterlagen nicht heraus, die sie zur Wiederaufnahme ihres Verfahrens benötigen. Zweitens verlängert sich mit jedem Tag die Zeit bis zur Entschuldung, während der Schuldenberg wächst. Weiteres Unglück für die Betroffenen: Der Antrag zur Kostenübernahme lässt sich nur einmal stellen.

Das Gesetz, das der Anwalt in weit mehr als 200 Fällen missbraucht haben soll, dient eigentlich dem Schutz der Mandanten: Wer die Kosten eines außergerichtlichen Verfahrens nicht selbst bezahlen kann, darf deren Übernahme beim Amtsgericht beantragen (BeratHiG, §1).

„Der Vorwurf lautet auf Untreue, versuchter Betrug und Urkundenunterdrückung“, erklärte gestern der Hannoveraner Oberstaatsanwalt Thomas Klinge. ■ tag

BLICKPUNKT KRAFTWERK



Die Kraftwerksgegner machten schon vor dem Eingang zum Hansesaal auf sich aufmerksam – und informierten die Teilnehmer des Erörterungstermins über die aktuelle Zahl der Protestunterschriften: 10372. RN-Foto Bock/newspic.de

MOMENT MAL

Fehler hausgemacht Behörde unter Druck

Die Bezirksregierung Arnsberg geriet zum Auftakt des Erörterungstermins unter Druck. Und ist daran zum Teil selbst schuld.

Warum verschickte die Behörde die nachgereichten Trianel-Unterlagen nur an einige wenige Verfahrensbeteiligte und nicht an alle? So gingen zahlreiche Behörden und Einwender mit einem unterschiedlichen Informationsstand in den Hansesaal. Es entstand der fatale Eindruck, die Bezirksregierung sorge nicht für die nötige Transparenz des Verfahrens.

Schon zuvor war der Ruf der Behörde als neutrale Genehmigungsinstanz angekratzt. Hatte doch Regierungspräsident Helmut Diegel bei seinem Antrittsbesuch in Lünen Sympathie für das Kraftwerksprojekt durchblicken lassen. Seinen mit dem Genehmigungsverfahren betrauten Beamten hat er damit keinen Gefallen getan. Sie mussten gestern die Suppe auslöfeln, die ihnen ihr Chef eingebracht hat.

Unterm Strich dürften dies aber letztlich Nebenkriegschauplätze sein. Denn es geht allein darum, eine einzige Frage zu klären: Erfüllt das Kraftwerk die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Genehmigung oder nicht? So einfach ist das. Und doch auch so schwer, wie der Tag gestern zeigte. ■ Peter Fiedler

Wirkungsgrad der Worte

Erster Tag des Erörterungstermins: Verfahrensfragen und ein frühes Ende

LÜNEN • Spät eingereichte Unterlagen von Trianel besicherten dem ersten Tag des Erörterungstermins zum geplanten Steinkohlekraftwerk ein unerwartet frühes Ende.

Schon um 16.27 Uhr erklärte Klaus Tillmann, Regierungsgewerbedirektor der Bezirksregierung Arnsberg, die Versammlung für beendet.

Die Kraftwerksgegner hatten zuvor massiv kritisiert, dass sie entweder keine oder kaum Gelegenheit hatten, die am 20. August von Trianel vorgelegte „Ergänzung zur Immissionsprognose“ durchzuarbeiten.

Nachgedruckt

Die Bezirksregierung als Genehmigungsbehörde hatte das Paket von ca. 90 Seiten bisher nur an wenige Verfahrensbeteiligte weitergeleitet. Trianel ließ daraufhin gestern eiligst rund 50 Exemplare nachdrucken und im Hansesaal verteilen.

Das änderte an der Empörung der Einwender – „eine Farce ist das“ – nur wenig. Nachdem die Bezirksregierung zuvor eine ganze Serie von Anträgen abgelehnt hatte, das Verfahren vorläufig auszusetzen oder zu vertagen, entschied Klaus Tillmann schließlich, den Erörterungstermin vorzeitig zu beenden und heute fortzusetzen, nachdem Investor Trianel zuvor sein Einverständnis signalisiert hatte.



Die „Trianel-Bank“ war mit rund 15 Personen besetzt, darunter (v.r.) Geschäftsführer Manfred Ungethüm und Hausjurist Dr. Christoph Riese. RN-Foto Bock/newspic.de

Befangenheitsantrag

So sah sich die Bezirksregierung prompt mit einem Befangenheitsantrag konfrontiert, begründet damit, dass Regierungspräsident Helmut Diegel bei seinem Antrittsbesuch in Lünen u.a. von „guten Chancen“ für das Kraftwerk gesprochen habe. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Äußerungen Diegels seien aus dem Zusammenhang gerissen worden, behauptete Dirk Bremecker, Jurist in der Bezirksregierung. Zudem habe Diegel „keinerlei Einfluss auf das Verfahren ausgeübt.“

Wortführer auf Seiten der Einwender waren u.a. Ingo Gödeke (Naturschutzverbände) Thomas Mathée (BI Kontra Kohlekraftwerk), Ratsmitglied Ingbert Kersebohm, Prof. Dr. Johannes Hofnagel und Bernd Schlitter-Baukloh. Immer wieder griffen sie Trianel wegen der Ergänzung zur Immissionsprognose an.

Während Trianel von sinkenden Belastungswerten spricht, lesen die Einwender das genaue Gegenteil aus dem Papier: „Von 15 Werten erhöhen sich 11“, sagte Prof. Hofnagel. „Das Papier dis-

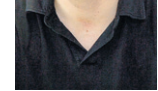


Ingo Gödeke (vorn) und Thomas Mathée sprachen für die Einwender. RN-Foto Bock/newspic.de

qualifiziert sich selbst“, meinte Ingo Gödeke.

Trianel kündigte Aufklärung an, wenn es beim Erörterungstermin tatsächlich um die Sache und nicht mehr um das Verfahren geht. Voraussichtlich ab heute.

Zu den Einwendern gehört übrigens auch Journalist und ZDF-Sportstudio-Moderator **Michael Steinbrecher** (Foto), der sich Lünen sehr verbunden fühlt. Er, so kündigte Prof. Hofnagel an, werde Donnerstag oder Freitag persönlich im Hansesaal dabei sein. ■ Fie-



der

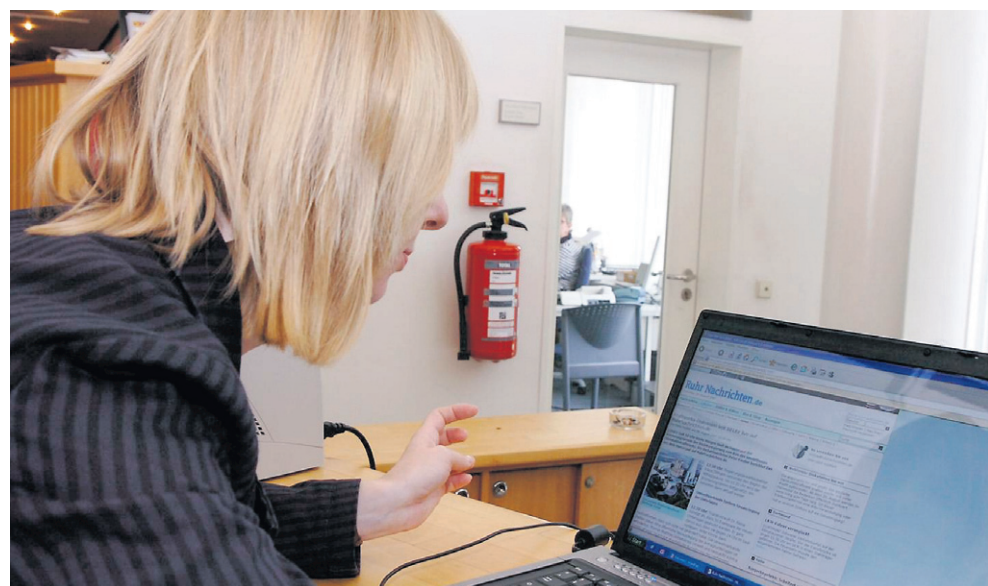
Fortsetzung

■ Am heutigen Mittwoch um 9 Uhr wird der Erörterungstermin im Hansesaal fortgesetzt.

■ Zunächst muss noch die endgültige Tagesordnung verabschiedet werden. Die Bezirksregierung hat die Einwendungen in 17 Themenkomplexe mit 83 Unterpunkten gegliedert.

■ Danach wird voraussichtlich der Antragsteller, Trianel Gelegenheit erhalten, das Kraftwerksprojekt zu erläutern.

■ Unsere Zeitung berichtet auch vom zweiten Tag live im Internet unter www.Ruhr-Nachrichten.de



Unsere Zeitung berichtete live im Internet über den ersten Tag des Erörterungstermins. Ein Angebot, das prima ankam und auch im Hansesaal selbst genutzt wurde. RN-Foto Bock/newspic.de

Frage nach den Folgen

SPD zu STEAG

Lünen • Die SPD will in der nächsten Ratssitzung die Verwaltung beauftragen, sämtliche Konsequenzen aufzuzeigen, die der Bau eines weiteren Kraftwerksblocks durch die STEAG haben.

„Damit wollen wir aus dem Verhinderungsantrag der Grünen einen Prüfantrag machen“, erklärte SPD-Sprecher Jochen Otto. Die Grünen wollen den Antrag stellen, dass der Rat alle kommunalen Möglichkeiten ausschöpfen solle, diesen Block zu verhindern.

Die SPD möchte z.B. wissen, wie viele Arbeitsplätze entstehen, ob die STEAG Steuern in die Lünen Stadtkasse zahlen wird. Otto verwies darauf, dass seit den 70er Jahren ein rechtskräftiger Bebauungsplan existiere, nach dem die STEAG den Block bauen dürfe. „Könnte die STEAG Regressansprüche stellen, wenn wir den Bau verhindern“, sei eine weitere Frage, die die Verwaltung prüfen solle.

„Wir wollen den Antrag der Grünen nicht aus formalen Gründen ablehnen“, so der Fraktionssprecher weiter. Dies sei möglich, da der Antrag zu spät eingebracht worden sei und keine Dringlichkeit erkennbar sei. ■ hi-